



Nr. 138. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Krewendt.

Montag, den 23. März 1874.

Deutschland. O. C. Reichstags-Verhandlungen.

21. Sitzung vom 21. März.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrates Delbrück, v. Liebe u. A.

Die Interpellation des Fürsten von Hohenlohe-Langenburg: „Ob von den verbündeten Regierungen beabsichtigt wird, die in Folge des Münzvertrages vom 24. Januar 1857 als gesetzliches Zahlungsmittel geltenden Vereinsthalter österreichischen Gepräges demnächst außer Taus zu legen?“ if Präsident Delbrück heute nicht in der Lage, zu beantworten; er wird dies am Dienstag thun.

Einstimmig wird der Antrag des Abg. Sonnemann angenommen: 1) Auf Grund des Art. 31 der Reichsverfassung zu verlangen, daß das gegen den Abgeordneten Moß (Chemnitz) bei dem Bezirksgericht zu Leipzig beziehungsweise dem Ober-Appellationsgerichte zu Dresden wegen Beleidigung durch die Presse schwedende Strafanhörung für die Dauer der gegenwärtigen Sitzungsperiode des Reichstags aufgehoben werde. 2) Den Reichstanzler zu ersuchen, zur Ausführung dieses Beschlusses das Nötige zu veranlassen.“

Es folgt die erste und zweite Berathung des Gesetzesentwurfes, betreffend die Erwerbung eines Grundstücks zur Errichtung eines Gebäudes für die kaiserliche Botschaft in Wien: „Der Reichsanzeiger wird ermächtigt, zum Ankaufe eines in dem III. Bezirk (Vandstraße) der Stadt Wien gelegenen Grundstückes beabsichtigt. Errichtung eines Gebäudes für die kaiserliche Botschaft in Wien einen Betrag bis zur Höhe von 150,000 Thaler zu verwenden. Die Mittel zur Deckung dieses Betrages sind vorbehaltlich der etatsmäßigen Regelung aus den bereitesten Beständen der Reichskasse zu entnehmen.“

Die deutsche Botschaft zahlt gegenwärtig für eine nicht zu große Wohnung im zweiten Stock eines Hauses in der Schenkenstraße 10,000 Gulden Miete. Das Mietverhältnis ist aber Seitens des Hausbesitzers leicht zu lösen und es mußte in einem ähnlichen Fall die englische Botschaft eine Wohnung für mehr als 25,000 Gulden jährlich mieten. Ein fertiges Haus zu kaufen, empfiehlt sich nicht, da dieselben entweder sogenannte Mietshäuser sind und dann nur mit großem Aufwand für die Zwecke der Botschaft eingerichtet werden könnten, oder es sind ältere Paläste in den Händen alter Adelsfamilien oder reicher Financiers, die nur zu ganz exorbitanten Preisen verkauflich sind, die Forderungen beziffern sich bis zu 1½ Millionen Gulden. Da nun für die in den Jahren 1874—76 in Wien zu bauenden Häuser die Freibitrag von der Grundsteuer auf 25 Jahre gesetzlich bewilligt ist, so hat man mehrere Parzellen von 1462 Quadratflächen in der Landstraße in Ansicht genommen und mit den Besitzern eine Punktation unter einer Präludienfrist bis zum 25. März d. J. abgeschlossen; der Kaufpreis ist auf 167½ Gulden für die Quadratfläche, also rund auf 245,000 Gulden für das ganze Grundstück festgesetzt; die Baufosten sind auf 420,000 Gulden veranschlagt worden, im Summa also 660,000 Gulden oder circa 440,000 Thlr.

Präsident Delbrück: Bekanntlich wird es in großen Städten immer schwieriger, eine große passende Wohnung zu einem erträglichen Preise zu bekommen. Diese Lage hat sich in Wien in sehr dringendem Maße fühlbar gemacht. Gegenwärtig befindet sich die deutsche Botschaft in Wien in einem gemieteten Hause zu einem für Wiener Verhältnisse mäßigen Preise. Dieses Verhältnis kann indessen jederzeit gelöst werden und die Botschaft würde dann in die Lage versetzt sein, sehr erhebliche Kosten für ein schließlich doch nicht ausreichendes Local aufzuwenden. Deshalb ist die Erwagung eingetreten, ob es nicht zweckmäßig sei, für die Botschaft ein eigenes Gebäude zu erwerben. Es war zunächst die Absicht, ein fertiges Haus zu kaufen; an solchen fehlte es allerdings nicht, sie würden aber eine große und kostspielige bauliche Umgestaltung erfordert haben, denn die Mietshäuser, in Wien Zinshäuser genannt, sind darauf eingerichtet an eine große Menge von Personen im Einzelnen vermietet zu werden. Andere ältere Gebäude, Paläste in der Mitte der Stadt, wären allerdings sehr geeignet gewesen, man hätte aber Preis dafür zahlreichen müssen, die entschieden zu hoch sind. Man entschloß sich deshalb, obwohl mit Widerstreben, ein eigenes Gebäude zu errichten. Von dem Erwerb eines Grundstückes in dem elegantesten Stadttheile an der Ringstraße hat man der ungemein hohen Preise wegen absehen müssen. Man hat in Frage stehende Grundstück in der Landstraße für das geeignete gehalten und deshalb eine Punktation mit den Besitzern unter einer Präludienfrist bis zum 25. März abgeschlossen. Die Kürze des Termins hat es denn auch notwendig gemacht, den Gegenstand aus den vorbereiteten Nachtragsetat heranzuziehen. Deshalb sind auch bestimmte Dispositionen über die Mittel, aus welchen diese Summe genommen werden sollen, nicht getroffen, es wird dies im Nachtragsetat geschehen.

Abg. v. Hoyerbeck: Da der Strom der Milliarden versiegt ist, so muß man sich nun auch wieder um Fragen kümmern, wo es sich nicht gerade um Milliarden handelt. Es handelt sich hier um ungefähr eine halbe Million Thaler; denn die Bewilligung der Mittel zum Ankauf des Bauplatzes schließt auch die Bewilligung der Baufosten ein, und diese werden unzweifelhaft den Vorschlag überschreiten.

(Sehr richtig! links.) Wollen wir also 500,000 Thlr. aufwenden, um unserem Botschafter in Wien eine angenehme Wohnung zu schaffen?

Ich bin nicht absolut dagegen, denn wir müssen ihm ja doch eine Wohnung schaffen. Aber bei 500,000 Thlr. Baufosten würde sich die Miete auf 25—30,000 Thlr. stellen, während die jetzige Wohnung des deutschen Botschafters und selbst die so exorbitante hoch bezahlte Wohnung des englischen doch noch billiger sind; die letztere kostet nur 25,000 Gulden, während wir 25—30,000 Thlr. aufwenden sollen. Ich möchte daher, daß der Gesichtspunkt näher geprüft würde, ob nicht in nächster Zeit ein billigerer Kauf in Aussicht steht. Gerade bei den jetzigen Verhältnissen in Wien ist es wahrscheinlich, daß elegante Wohnungen und Häuser in kürzer Zeit noch billiger werden. Jedenfalls ist es nicht genügend motiviert, daß jetzt gerade der günstigste Zeitpunkt sein soll. Was nun ferner die Befreiung von der Grundsteuer betrifft, so wäre es doch interessant und für unser Votum ins Gewicht fallend zu wissen, wie hoch sich diese Ersparnis während der 25 Jahre belausen würde. Jedenfalls wird die Summe nicht allzu bedeutend sein und reichlich durch die Vertheuerung des Materials, Arbeitslohn u. s. w. aufgewogen werden. Wenn nebenbei davon gesprochen wird, daß die Verzehrungssteuer für die Materialien aufgehoben ist, so habe ich noch nie gezahlt, daß die Baumaterialien etwas verzehren. (Heiterkeit.) Ich möchte ferner noch fragen, auf welchem Preise ist eine Mietwohnung zu schaffen, und ist nicht vielleicht anderweitig ein billigerer Ankauf möglich?

Hiermit schließt die erste Berathung. Da die Verneinung an eine Commission nicht beliebt wird, so tritt das Haus sofort in die zweite Berathung ein.

Abg. v. Windthorst: Ich trete in Allem den Ausführungen des Abg. v. Hoyerbeck bei. (Heiterkeit).

Abg. v. Hoyerbeck: So schmeichelhaft diese Neuierung auch für mich ist, so wäre mir eine Antwort auf meine Fragen vom Regierungstisch doch lieber gewesen. (Heiterkeit.)

Präsident Delbrück: Ich hatte mir meine Erwiderung nur für die zweite Berathung vorbehalten.

Was die Verzehrungssteuer betrifft, so erkenne ich allerdings an, daß der Ausdruck ein eigentliches ist; aber ich habe ihn nicht gemacht. (Heiterkeit.) Es ist diese sogenannte Verzehrungssteuer ein städtisches Detroit, welches von den Baumaterialien erhoben wird. Ein Nachweis über ihre Höhe könnte nur gegeben werden, wenn man schon einen genauen Bauplan hätte und müßte, wie viel Tausend Ziegelsesteine, Balken und anderes Material gebraucht würde. Wie hoch die Gebäude-Steuer sein würde, könnte ebenfalls nur angegeben werden, wenn man einen Vorauszahlung.

Abg. v. Hoyerbeck: Unter diesen Umständen wird man mich nicht für illoyal erklären können, wenn ich die geforderte Summe nicht bewillige. Ich glaube, daß die Lage der Botschaft in Wien noch keine so schwierige ist, daß man ohne alle Übersicht über die Tragweite des Votums absolut eine solche Forderung bewilligen müsse.

Abg. v. Mallinckrodt: Es ist allerdings wünschenswert, daß unsere Botschaften in den großen Residenzen eigene Gebäude haben, indessen alles mit Maß. Die Rechnung stellt sich hier einfach so, daß eine Mietwohnung in besserer Lage als der vorgeschlagene Bauplatz 20—25,000 Gulden beansprucht, während die Zinsen des Baukapitals 25,000 Thlr. betragen würden.

Das ist ungefähr der Betrag der Gehälter, die vor Kurzem für die Gesandtschaften in den großen Orten ausgeworfen wurden; solche Beträge lediglich als Mietbeschädigung zu gewähren, dazu sind wir doch nicht reich genug. Außerdem glaube ich, daß sehr leicht Rückläge eintreten, durch welche man sehr viel billiger zu einem solchen Resultat kommen könnte.

Präsident Delbrück: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß ein Heraufgehen der Preise für Grundstücke in Wien sehr unwahrscheinlich ist. Es sind jetzt in Folge der bekannten Ereignisse an der Wiener Börse die Preise in der That etwas herabgegangen; aber ich kann die feste Überzeugung aussprechen, daß eine vorübergehende Preiserniedrigung unter den vorliegenden Verhältnissen ja natürlich war; unsere Verhältnisse sind aber derart, daß man nach einer solchen Krise mit Sicherheit auf ein dauerndes Steigen der Preise rechnen kann. Denn durch eine solche Krise kann die große Entwicklungsfähigkeit einer Stadt wie Wien wohl ein klein wenig aufgehalten, aber in keiner Weise ernstlich gefährdet werden; und mit dieser Entwicklung wächst der Preis des Grund und Bodens. Nun möchte ich noch für die Lage des Grundstückes anführen, daß es in der Mitte der Stadt liegt. Der Botschaft selbst kann es gleichgültig sein, wo sie wohnt, nicht aber denjenigen Deutschen, die ihre Hilfe im Anspruch nehmen wollen; für die ist es nicht gleichgültig, ob sie an einem Ende oder in der Mitte der Stadt liegt. Die neuen Häuser mit brillanten Fassaden sind für die Zwecke der Botschaft unbrauchbar, die alten Paläste sind in festen Händen und verständiger Weise kann man auf den Zusatz, daß sie frei werden, nicht rechnen. Es bleibt also nur übrig selbst ein Haus zu bauen.

Abg. v. Unruh: Ich verkenne die Wichtigkeit der Bedenken des Abgeordneten v. Hoyerbeck keineswegs, aber ich halte in jüngeren Angelegenheiten ein langes Zögern für verderblich. Auch in Petersburg hatte man ein Grundstück am englischen Quai an der Neva in Aussicht; man zögerte und zögerte und zuletzt war die Erwerbung nicht mehr möglich. Ich glaube auch, daß jetzt der geeignete Zeitpunkt ist Grundstück zu kaufen, in Wien sowohl wie in Berlin, denn ich glaube, daß dort wie hier die Krise endlich einmal vorübergehen wird und daß die Preise in Kürze steigen werden. Der Vorschlag ist allerdings etwas hoch geprägt, indessen dürfen wir den günstigen Augenblick nicht vorübergehen lassen und ich werde für das Gesetz stimmen.

Abg. v. Ludwig: Ich glaube, daß es durchaus nicht notwendig ist, daß die Botschaften schöne Häuser haben. Als der preußische Gesandte in London zur Zeit Friedrichs des Großen sich darüber beklagte, daß dort die anderen Gesandten schöne Wagen und Laternen hätten und er zu Fuß gehen müsse, sagte Friedrich der Große: „Geh er zu Fuß; Er hat eine tüchtige Armee hinter sich.“ Nun, Armenen haben wir auch noch. Aber es wäre besser, wenn bei uns zu Haus alles gut wäre, dann würden wir vielmehr erreichen, als wenn unser Botschafter ein schönes Haus hat. Vermeiden wir also die geforderte Summe zu anderen Dingen.

Abg. Graf Frankenberg: Ich bedaure, daß die Regierung nicht in der Lage war bestimmtere Angaben über die Höhe der Grundsteuer zu machen. Ich glaube aber, die Engländer, die doch sehr gute Rechner sind, gehen uns mit einem guten Beispiel voran; sie werden jedenfalls ein gutes Geschäft damit zu machen glauben. Und wenn wir ihnen folgen, wird es unser Schaden jedenfalls nicht sein.

Abg. Dr. Bamberg: M. H., ich wollte in die politische Frage durchaus nicht eingreifen, sondern nur dagegen protestieren, daß hier ein solches Paradoxon gutgefunden werde, wie der Ausdruck, daß man noch warten solle, bis die Krise in Österreich sich weiter entwickelt habe, um mit Wahrscheinlichkeit billiger zu kaufen. Seit zehn Monaten wählt die Krise durch alle Geschäftsverhältnisse Wiens und ich möchte wissen, ob einer der Herren, die uns heute empfehlen, noch zu warten, bis die Dinge in Österreich noch tiefer erschüttert seien, vielleicht auch den Mut hätte seiner Ansicht in einer Privatspekulativen Ausdruck zu geben, indem er beispielweise Häuser oder Grundstücke auf Lieferung in Österreich verkaufe, wie er dies heute gewissermaßen mit seinem Rathe zu warten dem Reiche empfiehlt. Es ist ja deutlich, daß ein noch günstigerer Augenblick käme, aber zu bestimmen ob jetzt oder ein andermal zuzugreifen sei, ist bloß Rethen wie auf gerade oder ungerade. Möglich ist es, daß die Grundstücke in Wien im Preise noch zurückgehen aber wahrscheinlich durchaus nicht und auf den Grund einer der Sage widerstprechenden Voraussagung hier heute eine Verlängerung dieser Angelegenheit zu empfehlen, daß würde wirklich dem gejündeten Menschenverstand des Reichstages nicht zu empfehlen sein. (Sehr gut! rechts.)

Abg. v. Ludwig: Ich glaube, daß wir nicht so viel Geld übrig haben, um an das Schöne zu denken (Bewegung). Wir haben noch eine ganze Anzahl von Invaliden aus den Jahren 1813 und 14, wir haben die Witwen und Waisen, wir haben eine große Menge von Pensionären, wenn wir das Geld für das Wohl dieser Personen verwenden, ist es besser angewendet, als wenn wir ein schönes Haus in Wien bauen.

Abg. Mosle: Ein Häuserspekulant baut ein Haus, um zu verdienen; wenn aber ein reicher Mann ein Haus baut, sieht er nicht auf den Mietextrakt, sondern auf seine Bequemlichkeit und das kostet mehr als den einfachen Mietvertrag. Ich glaube, diesen Maßstab dürfen wir nicht anlegen.

Abg. v. Hoyerbeck: Ein reicher Mann mag dergleichen thun, weil er nur auf seinen eigenen Beutel Rücksicht zu nehmen hat. Der deutsche Reichstag hat aber eine andere Aufgabe; er soll darauf sehen, daß der Geldbeutel des deutschen Volkes nicht geschädigt wird. Weil das deutsche Reich groß ist, braucht das Auftreten seiner Vertreter immer noch nicht opulent und luxuriös zu sein. Dem Abg. Bamberg gestehe ich gern zu, daß er in Beziehung auf Börsenkrisen mehr sachverständig ist als ich. Allein ich glaube doch, daß die Überspekulation und die unnatürlichen Zustände die Ausnahme gewesen sind, und daß das, was man Krise nennt, eine Rückkehr zum Natürlichsten ist.

Abg. Windthorst: Dem Abg. Bamberg gegenüber wollte ich nur konstatiren, daß die Neuuerungen des Abg. v. Hoyerbeck sehr viel gefunden Menschenverstand enthielten.

Abg. v. Mallinckrodt: Hätte ich mich mit Börsenangelegenheiten beschäftigt, so hätte mir die Idee eines Häuserkaufs auf Lieferung vielleicht näher gelegen. Ich meine, daß die Krise eigentlich ein latenter Zustand sind. So lange die Prinzipien der Wirtschaftswelt maßgebend bleiben, die heute die Welt regieren, haben wir alle Augenblicke wieder die Krise; die Leute werden eben nicht klug; wer in der Spekulation untergeht, nun der bleibt unten, die andern spekulieren immer wieder drauf los. Im Übrigen bin ich der Meinung, daß es für einen alten Staat gar nicht noth thut, sich in der Weise eines jungen Emporkommings gleich möglichst luxuriös nach dem äußeren Schein einzurichten. Eine solide Würde bedarf eines derartigen Glitterstoffs durchaus nicht.

Die zweite Berathung wird geschlossen. Persönlich bemerkte Abg. Bamberg: Den Abgeordneten v. Hoyerbeck und den Abgeordneten v. Mallinckrodt möglicherweise ich fragen, woher sie die Überzeugung schöpfen, daß ich mich mit Börsengeschäften abgebe. (Heiterkeit.) Ich werde Ihnen erwidern, daß ich ein Börsengeschäft an und für sich eben wenig für etwas Unehrenhaftes halte, wie jedes andere, daß ich aber weiß, daß diese Geschäfte zur Verdächtigung politischer Nachrichten missbraucht werden und daß ich aus diesem Grunde, seitdem ich die Ehre habe, Mitglied einer deutschen gesetzgebenden Versammlung zu sein, um den bekannten giftigen Verdächtigungen selbst ihren Vorwand zu nehmen, jede Verührung mit Börsengeschäften und kaufmännischen Angelegenheiten mehr vor mir gewiesen habe, als vielleicht irgend ein Mitglied dieses hohen Hauses. (Beifall.)

Hiermit schließt die erste Berathung. Da die Verneinung an eine Commission nicht beliebt wird, so tritt das Haus sofort in die zweite Berathung ein.

Abg. v. Windthorst: Ich trete in Allem den Ausführungen des Abg. v. Hoyerbeck bei. (Heiterkeit).

Abg. v. Hoyerbeck: So schmeichelhaft diese Neuierung auch für mich ist, so wäre mir eine Antwort auf meine Fragen vom Regierungstisch doch lieber gewesen. (Heiterkeit.)

Präsident Delbrück: Ich hatte mir meine Erwiderung nur für die zweite Berathung vorbehalten.

Was die Verzehrungssteuer betrifft, so erkenne ich allerdings an, daß der Ausdruck ein eigentliches ist; aber ich habe ihn nicht gemacht. (Heiterkeit.) Es ist diese sogenannte Verzehrungssteuer ein städtisches Detroit, welches von den Baumaterialien erhoben wird. Ein Nachweis über ihre Höhe könnte nur gegeben werden, wenn man schon einen genauen Bauplan hätte und müßte, wie viel Tausend Ziegelsesteine, Balken und anderes Material gebraucht würde. Wie hoch die Gebäude-Steuer sein würde, könnte ebenfalls nur angegeben werden, wenn man einen Vorauszahlung.

Abg. v. Hoyerbeck: Unter diesen Umständen wird man mich nicht für illoyal erklären können, wenn ich die geforderte Summe nicht bewillige. Ich glaube, daß die Lage der Botschaft in Wien noch keine so schwierige ist, daß man ohne alle Übersicht über die Tragweite des Votums absolut eine solche Forderung bewilligen müsse.

Abg. v. Mallinckrodt: Ich habe meinerseits durchaus nicht behauptet, daß der Abg. Bamberg Börsengeschäfte treibt. Aber daß er mit den Börsenverhältnissen vertraut ist, glaube ich aus den bezüglichen Reden, die er in diesem Hause gehalten hat, entnehmen zu können. Wenn er das ableugnen will, so muß ich annehmen, daß er Reden über Dinge gehalten hat, die er nicht kennt. (Große Heiterkeit.)

Bei der Abstimmung wird das Gesetz mit 169 gegen 133 Stimmen angenommen. (Dagegen Centrum, Socialdemokraten, Polen und Fortschritt.)

Darauf wird die zweite Berathung des Preßgesetzes fortgesetzt. Der § 20 desselben lautet: „Die Anklageschrift oder andere amtliche Schriftstücke,

eines Strafprozesses dürfen durch die Presse nicht eher veröffentlicht werden, als bis denselben in öffentlicher Verhandlung und gegeben worden sind oder das Verfahren sein Ende erreicht hat.“

Der betreffende Paragraph der Regierungs-Vorlage beginnt mit folgender, von der Commission gestrichenen Bestimmung: „Die Namen der Geschworenen und Schöffen dürfen in Zeitungen nur bei der Mitteilung über die Zusammensetzung des Gerichts genannt werden.“

Graf zu Eulenburg beantragt die Wiederherstellung dieses Satzes, dagegen Wiggers den § 20 überhaupt zu streichen.

Referent Marquardt: Die Commission hat den ersten Absatz des Paragraphen der Vorlage als den Ausdruck einer minutiösen Menglichkeit und als eine nicht gerechtfertigte Beschränkung gestrichen, dagegen die Beschränkung des Preises im zweiten Absatz als eine begründete anerkannt, da durch eine derartige vorherige Veröffentlichung von Altenstücken die Unparteilichkeit des Urteils in einem Verfahren getrübt werden könnte.

Abg. Herz: Ich halte auch diese Bestimmung für durchaus ungerecht. Derartige Detailbestimmungen gehören überhaupt nicht in ein Preßgesetz, sondern in das Strafgesetz. Das Bedürfnis nach einer solchen Bestimmung hat sich auch bisher nirgend geltend gemacht. Wie gestaltet sich denn die Sache praktisch? Der Untersuchungsrichter und der Staatsanwalt sind bereits durch ihren Eid zum Amtsgeheimnis verpflichtet; es würde also eine derartige Veröffentlichung nur durch den Angeklagten bewirkt werden können. Bei Erhebung einer Anklage aber ist die Presse und das allgemeine Urtheil immer geneigt, die Vermuthungen und Gerüchte resp. die Thatsachen, auf denen die Anklage fußt, zu Ungunsten des Angeklagten zu übertrieben und zu entstellen. Nehmen Sie aber diesen Paragraphen an, so rauben Sie dem Angeklagten das Mittel, derartige Entstellungen zu entkräften, indem er die Anklagechrift oder sonstige Altenstücke veröffentlichen. Dazu kommt noch, daß es nach dem Vereinsgesetz durchaus gestattet ist, eine Volksversammlung einzuberufen und in dieser ein derartiges Altenstück vorzulegen und es also zu veröffentlichen. Wie ist denn logisch zu rechtfertigen in das Preßgesetz aufzunehmen und sie gar mit einer so exorbitanten Strafe zu bestrafen, wie es im folgenden Paragraphen geschieht? In England ist das ganze gerichtliche Verfahren ein öffentliches und Niemand befürchtet deshalb eine Erhöhung der Unparteilichkeit des Verfahrens. Herr Gneist hat sogar dies Verhältnis als ein durchaus wohltägiges und notwendiges dargestellt. Ich kann daher das Haus nur dringend ersuchen, den § 20

schiedener Art, daß man sie doch unmöglich alle mit demselben Strafmaximum bestrafen kann. Deshalb schlagen wir Ihnen vor den § 21 in 2 Paragraphen zu zerlegen, in denen die schwereren und minder schweren Vergehen gesondert, und die Strafe dem angemessen normirt wird. Was den Absatz 2 des § 21 betrifft, so billige ich es vollkommen, wenn man gegen das Unwesen der sogenannten Strohredacteure energisch vorgeht, da es von der größten Wichtigkeit ist, eine strenge Verantwortlichkeit durchzuführen. Doch möchte ich den Antrag Wölzel zur Annahme empfehlen, der besser als die Regierungsvorlage und auch als die Commissionsvorschläge die Strohredacteure bezeichnet. Denn wenn auch jemand äußerlich die Redaction leitet oder auch daran betheiligt ist, so kann trotzdem die eigentliche Leitung dem Maße in anderen Händen liegen, daß der Erstere wirklich nur als Strohmann erscheint. Darum müssen die Ausdrücke, wie „beforen, leiten“, oder „an der Redaction betheiligt sein“, vermieden werden.

Abg. Struckmann: Das Wesen der Strohredacteure widerspricht sowohl der öffentlichen Ordnung wie der Würde der Presse und muß daher wirtschaftsam bestraft werden. Nur ist es schwer, diese Stroh- oder Sizredacteure so zu definieren, daß der Richter im einzelnen Falle sofort entscheiden kann, ob § 21 hier Anwendung findet oder nicht. In dieser Beziehung möchte ich Sie bitten, meinen Antrag anzunehmen, der Jeden als Strohredacteur bezeichnet, der nicht die Redaction „beforgt“. In dem letzten Ausdruck glaube ich gerade eine Vergleichung dafür zu schaffen, daß dieser Paragraph nicht leicht umgangen werden kann, während mir alle anderen Vorschläge nur stumpfe Waffen zu sein scheinen. Von der Festsetzung eines Strafminimum möchte ich Sie bitten abzusehen. Man ist in der neueren Gesetzgebung ganz davon zurückgekommen und es scheint mir unnötig, es hier wieder einzuführen.

Abg. Wölzel: Umgangen wird dieser Paragraph immer werden können, dafür zeugt schon die große Manigfaltigkeit der Ausdrücke für die Theilnahme an der Redaction, denen bereits allen der Vorwurf gemacht worden ist, sie seien ungenau. Ich glaube, daß hier nur dadurch geholfen werden kann, daß wir dem Richter das freie Erneissen gestatten zu unterscheiden, ob im einzelnen Falle eine Person fälschlich als Redacteur bezeichnet wird, oder nicht. Darum empfehle ich meinen Antrag, der dieses bezweckt, zur Annahme.

Abg. Abeken: Mein Antrag will den Redacteur von der im Unterlassungsfalle der im § 12 geforderten Berichtigung angeblich falscher That-sachen angedrohten Strafe dann befreien, wenn er den Beweis der Richtigkeit seiner Angaben erbringt. Es ist doch nicht zu verlangen, daß ein Redacteur in seinem eigenen Blatte sich auf private Weise Lügen strafen soll, wenn er die Wahrheit seiner Behauptung beweisen kann.

Bundescommissar Landrat v. Brauchitsch: Den Antrag des Vorredners bitte ich ganz entschieden abzulehnen, weil er völlig unbereinbar mit § 12 ist. Dort soll der Civilrichter entscheiden, ob und wie weit der Redacteur eine Berichtigung aufzunehmen hat, wenn sich derselbe gegen die Aufnahme sträubt. Hier will nun der Antragsteller mit einem Male eine Exception gegen eine durch den Civilrichter erfolgte Verurteilung schaffen, sobald der Redacteur den Beweis der Wahrheit antreten will, was natürlich nur vor dem Criminalrichter geschehen kann. Das ist ein völlig unerträgliches Verhältnis und darum bitte ich um Ablehnung des Antrages Abeken. Was die gegen die Strohredacteure gerichteten Anträge betrifft, so scheint mir der Antrag des Abg. Wölzel der zweitmächtigste zu sein, insofern er die Beurtheilung, ob der verantwortliche Redacteur nur ein Strohredacteur sei, ganz dem Richter überläßt. Ich bitte Sie deshalb, diesem Antrage zuzustimmen.

Abg. Hullmann bemerkte, daß die Commission auf die Fassung einzelner Paragraphen kein besonderes Gewicht lege, weil sie beschlossen habe, nach Fassung der Beschlüsse des Plenum in 2. Lesung noch einmal zusammenzutreten und auf Grund derselben nochmals zu berathen. Zu diesen Paragraphen gehört auch § 21 in seinem zweiten Theile; ich glaube daher, daß Sie unbedacht des Ansehens der Commission hier eine Änderung treffen können.

Nachdem der Referent sich gegen den Antrag Abeken erklärt hat, der ein ganz neues System in das Gesetz bringen würde, wird Antrag Wölzel den Ungehorsam gegen das Gesetz oder die Verleugnung von Gesetzen als etwas Erlaubtes oder Verdienstliches darstellt, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu 2 Jahren bestraft. Sind milde Umstände vorhanden, so tritt Geldstrafe bis zu 600 Mark ein.

Wer die im § 166 des Strafgesetzbuchs für das deutsche Reich vorgesehene Handlungen mittelst der Presse verbürtigt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und bis zu vier Jahren bestraft.

Commissionarius v. Brauchitsch: Der § 20 ist eine einfache Consequenz des Gedankens, diejenigen Ausschreitungen der Presse zu ahnden, welche es sich zum Beruf machen, zur Auslebung gegen die Gesetze aufzumuntern. Das vorliegende Preßgesetz bereit die Presse von einer Reihe von Beschränkungen, namentlich in pecunärer Beziehung, und Sie werden mir daher zugeben, daß möglicher Weise diese Ausschreitungen noch zahlreicher werden könnten, als bisher. Es ist aber nicht bloss diese Besorgniß, welche nach der Antritt der verbündeten Regierungen die Aufnahme des § 20 rechtfertigen, sondern das gegenwärtig untrittig vorhandene Bedürfniß zu einer solchen Bestimmung. Der Einwand, den man erheben könnte, daß das gesprochene Wort, welches zum Aufruhr wider die Gesetze aufruft, weniger scharf geahndet werde, als das geschilderte Wort durch § 20, hat eine gewisse Berechtigung, aber Sie müssen bedenken, daß das gedachte Wort eine größere Überlegung voraussetzt, als das gesprochene. Es ist bereits bei Berathung des Strafgesetzbuchs der Vorschlag gemacht worden, das Strafgesetz nach dieser Seite hin zu ergänzen, dieser Vorschlag ist aber abgelehnt worden und es giebt daher das Strafgesetz eine genügende Handhabe zur Bestrafung der Ausschreitungen der Presse nicht.

Die fortgesetzte Organisation des Widerstandes gegen die Reichs- und Staatsgewalt muß aber, wie Sie selbst zugeben werden, auf das kraftigste verfolgt werden. In allen großen Staaten hat man Mittel vorgesehen, um die Verbreitung von Aufruhr und die Organisation wider die Staatsgewalt zu verhindern bez. zu ahnden. Ich will Ihnen nicht die einzelnen Fälle sämmtlich ausschließen, sondern Sie nur an England erinnern, an das Land, in welchem man, wie Sie selbst betonen, das freiste Preßgesetz hat; in England versteht man in diesen Sachen wahrhaftig keinen Spaß. Prof. Blumenthal sagt in seinem Staatsrecht, daß die Presse in ihrer Freiheit geschützt werden müsse, so lange sie sich nicht Eingriffe in die Sphäre des Staates erlaubt. Der Staat aber, m. H., muß sich doch das Recht vorbehalten, zu bestimmen, wie weit seine Sphäre reicht. Der § 20 ist in der That nicht überflüssig. Es existiert ein berühmter Ausspruch: mir bangt vor dem Menschen, der nur ein Buch gelesen. Ich glaube wohl mit demselben Rechte sagen zu dürfen: mir bangt vor dem Menschen, der nur eine Zeitung liest. Es gibt aber sehr Viele, die nur ein einziges Journal oder eine Zeitung lesen. Mit Rücksicht gerade auf dieses Publizum schien den verbündeten Regierungen die Bezeichnung des § 20 nothwendig. Die Regierung kann unmöglich angeben, daß die Gemüthe des Volkes aufgeriegelt werden, und es kommt hinzu, daß — ich gebe eine Neuherung wieder, die neulich hier im Hause gefallen ist — in der Presse ungemein viel gelogen wird. Das Fundament der Gesetze ist der Gehorram gegen das Gesetz und ich bitte daher alle diejenigen Herren, welche dem Staat einen Mittel gewähren wollen, um diejenigen, welche vermittelst der Presse dies Fundament erschüttern wollen, zu bestrafen, den § 20 der Regierungsvorlage anzunehmen.

Abg. v. Kardorff: In vielen Punkten bin ich mit den Ausführungen des Herrn Regierungs-Commissars vollkommen einverstanden. Es läßt sich aber gleichwohl nicht verleugnen, daß die Fassung des § 20 der Regierungsvorlage keine glückliche ist. Die Bestimmung des § 20 geht weiter als das Strafgesetzbuch und ich muß zugeben, daß es darnach nicht ganz unzweckhaft ist, daß jemand, der in einer Zeitung eine wissenschaftliche Erörterung, z. B. über das Impfgesetz schreibt, verurtheilt wird. In einem großen Theile der Presse ist die Aufforderung zum Ungehorsam gegen das Gesetz zwar nicht direct, aber indirect enthalten. Der § 110 des Strafgesetzbuchs ist nun zwar nicht so auszulegen, daß nur die directe Aufforderung zu bestrafen sei, die indirecte nicht; aber nach meiner Erfahrung sind die Fälle selten, daß Richter auf eine indirecte Aufforderung zum Ungehorsam verurtheilt haben. Unter diesen Umständen dürfte es sich wohl empfehlen, zur Regierungsvorlage ein Amendment zu stellen, und ich würde ein solches eingebraucht haben, wenn ich mir nicht von vornherein hätte sagen müssen, daß es die Majorität im Hause nicht erlangen würde. Ich habe mich deshalb darauf beschränkt, zum § 27 einen Antrag auf Ausdehnung der Präventivmaßregeln gegen die Presse zu stellen.

Abg. Traeger: Meine Herren, die Vertheidigung, welche der von der Commission einfach gerichtete § 20 der Regierungsvorlage hier gefunden hat, ist die Unterschrift seines Todesurtheils. Wenn es wahr ist, daß die

Presse die Lust ist, in welcher wir atmen, so verunreinigt § 20 der Regierungsvorlage diese Lust derart, daß wir darauf verzichten müssen, in solcher Lust zu atmen. (Lebhafte Zustimmung.) § 20 ist ein Ausnahmegesetz der allerschlimmsten und allergefährlichsten Art. Wenn wir aber in jedes Spezialgesetz eine strafrechtliche Bestimmung einfügen wollten, so kämen wir bald dazu, einen Codex des Erlaubten zu schreiben, der wahrscheinlich ein wenig diabolischer Band werden würde. Vorläufig aber ist der Codex des Erlaubten das Strafgesetzbuch. Man sehe sich daher in diesem um, ob wirklich eine Lücke vorhanden, oder der Mangel nur ein schenbarer ist. Meins Gratzens ist der § 110 des Strafgesetzbuchs vollkommen ausreichend. (Sehr richtig!)

Der Herr Reg.-Commissar hat gesagt, der § 20 solle die Achtung vor dem Gesetz aufrecht erhalten. Nun, meine Herren, ich bin überzeugt, daß Niemand in diesem Hause die Missachtung vor dem Gesetz befördern will, ich kann mir ein Preßgesetz nur denken mit der unbedingtesten Gesetzesadaption als Voraussetzung. Dem § 20 gegenüber wäre es aber bedenklich, über die Zeit von 1848, über die englische, französische, ja über Jahrhunderte weit zurückliegende Revolutionen zu schreiben; es würde einem bald Gelegenheit geboten werden, in stiller Zurückgezogenheit darüber nachzudenken, ob Mirabeau oder Cromwell wirklich große Männer gewesen sind. Wenn jemand in einer Zeitung gelehrte Bewertungen über Revolutionen macht, so könnte er mit Hilfe des § 20 bald auf die Pfade der Tugend und Ordnung zurückgeführt werden. Dieser § 20 ist nicht bloss interpretationsbedürftig, er ist sogar interpellationslustig. Bedenken Sie, was ein talentvoller Staatsanwalt oder ein stribamer Richter mit diesem Paragraphen anfangen könnte. (Oho! rechts.) Rufen Sie nicht: Oho! Wenn ein Schluß von dem Vergangenen auf das Zukunftige gestattet ist, so können Sie sich, was früher alles geschehen ist, von gar mancher Procedéputation ergründen. (Zustimmung und Bewegung.) Ich will aber ein Beispiel aus der jüngsten Zeit anführen, welches die Dehnbarkeit des § 20 vorzüglich illustriert. Die „Gegenwart“ hat vor Kurzem einen Preßurteil gehabt, wegen eines Artikels aus der Feder von Johannes Scherr. Die Anklage war auf § 166 des Strafgesetzbuchs gegründet. Der Verfasser des Artikels befand sich außerhalb des Gebietes der Wirksamkeit des Strafgesetzbuchs und es konnte daher nur der Redacteur allein unter Anklage gestellt werden. Der Staatsanwalt beantragte wider ihn drei Monate Gefängnis, die Richter verurtheilten ihn hierauf zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat. Wäre auf Grund des uns vorliegenden Preßgezetzentwurfs verurtheilt worden, so hätte das Gericht auf drei Monate Gefängnis erkennen müssen.

Dieses Beispiel genügt vollkommen, um die Gefährlichkeit auch des zweiten Alinea des § 20 der Regierungsvorlage darzuthun. Es wäre eine geheime geheime Uebereilung, diesen Paragraphen anzunehmen. Leider kommen solche Uebereilungen öfters vor; wenn man glaubt, daß ein Notstand vorhanden ist, macht man frischweg ein neues Gesetz. Das ist gerade so, als wollte man jedes Mal, wenn man ein neues Wölkchen am Himmel sieht, einen neuen Regenschirm kaufen. (Heiterkeit.) Gutezt wüßte man gar nicht mehr, was man damit anfangen sollte. Auf diesem Wege gehen die einfachsten Begriffe von Recht und Gerechtigkeit verloren. Es ist in diesem Hause neutrale das Wort gefallen, die Presse sei ein Geschäft. In gewissem Sinne ist dies Wort wahr, aber es ist ein einseitiges Wort. Gewiß, die Presse ist ein Geschäft und manchmal ein sehr ehrträgliches Geschäft; aber während sie mit den Füßen auf dem Boden des Geschäfts steht, erhebt sie sich doch mit dem Scheitel zu den höchsten Idealen. Die deutsche Presse wenigstens ist der Pflicht der Volksbildung und der Volkerziehung sich stets bewußt gewesen. Und zu Ehren des deutschen Volkes, zur Ehre dieses Hauses, zur Ehre der deutschen Presse bitte ich Sie, das Todesurtheil dieses Paragraphen zu bestätigen. (Beifall.)

Der § 20 der Regierungsvorlage wurde hierauf mit allen Stimmen gegen die Stimme des Abg. Grafen Culenburg abgelehnt.

Der dritte Abschnitt handelt von der Verantwortlichkeit für die durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen und zwar werden die §§ 23—25, aus denen er besteht, zusammen zur Discussion gestellt. Sie lauten in der Fassung der Commission: § 23. Die Verantwortlichkeit für Handlungen, deren Strafbarkeit durch den Inhalt einer Druckschrift begründet wird, bestimmt sich nach den bestehenden allgemeinen Strafgesetzen. Ist die Druckschrift eine periodische, so ist der verantwortliche Redacteur mit der Strafe des Thäters zu belegen, wenn nicht durch besondere Umstände die Annahme seiner Thätlerschaft ausgeschlossen wird.

§ 24. Der Redacteur, Verleger und Drucker sind berechtigt, das Zeugnis über die Person des Verfassers Herausgeber und Einsender zu verweigern. § 25. Begründet der Inhalt einer Druckschrift den Thatsbestand einer strafbaren Handlung, so sind der verantwortliche Redacteur, der Verleger, der Drucker, derjenige, welcher die Druckschrift gewerbsmäßig vertrieben oder sonst öffentlich verbreitet hat (Verbreiter), soweit sie nicht nach § 23 als Thäter oder Theilnehmer zu bestrafen sind, mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Haft oder mit Festungshaft oder Gefängnis bis zu einem Jahre zu belegen. Die Bestrafung bleibt für jede der benannten Personen ausgeschlossen, wenn sie als den Verfasser oder den Einsender, mit dessen Einwilligung die Veröffentlichung geschehen ist, oder wenn es sich um eine nicht periodische Druckschrift handelt, als den Herausgeber derselben, oder als einen der in obiger Reihe folge vor ihr Benannten eine Person bis zur Bekundigung des ersten Urteils nachweist, welche in dem Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaats sich befindet, oder falls sie verstorben ist, sich zur Zeit der Veröffentlichung befunden hat.

Struckmann (Diepholz) beantragt, diese Paragraphen folgendermaßen zu fassen:

§ 23. Die Verantwortlichkeit für den strafbaren Inhalt einer Druckschrift richtet sich nach den allgemeinen Strafgesetzen.

§ 24 bleibt.

§ 25. Begründet der Inhalt einer Druckschrift den Thatsbestand einer strafbaren Handlung, so sind der Redacteur oder Herausgeber, der Verleger, der Drucker, derjenige, welcher die Druckschrift gewerbsmäßig vertrieben oder öffentlich verbreitet hat (Verbreiter), soweit sie nicht nach § 23 als Thäter oder Theilnehmer zu bestrafen sind, mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Haft oder mit Festungshaft oder Gefängnis bis zu einem Jahre zu belegen. Die Bestrafung bleibt für jede der benannten Personen ausgeschlossen, wenn sie als den Verfasser oder als den Einsender, mit dessen Einwilligung die Veröffentlichung geschehen ist, oder als einen der in obiger Reihe folge vor ihr Benannten eine Person bis zur Bekundigung des ersten Urteils nachweist, welche in dem Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaats sich befindet, oder falls sie verstorben ist, sich zur Zeit der Veröffentlichung befunden hat.

Struckmann (Diepholz) beantragt, diese Paragraphen folgendermaßen zu fassen:

§ 23. Die Verantwortlichkeit für den strafbaren Inhalt einer Druckschrift richtet sich nach den allgemeinen Strafgesetzen.

§ 24 bleibt.

§ 25. Begründet der Inhalt einer Druckschrift den Thatsbestand einer strafbaren Handlung, so sind der Redacteur oder Herausgeber, der Verleger, der Drucker, derjenige, welcher die Druckschrift gewerbsmäßig vertrieben oder öffentlich verbreitet hat (Verbreiter), soweit sie nicht nach § 23 als Thäter oder Theilnehmer zu bestrafen sind, mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Haft oder mit Festungshaft oder Gefängnis bis zu einem Jahre zu belegen. Die Bestrafung bleibt für jede der benannten Personen ausgeschlossen, wenn sie als den Verfasser oder den Einsender, mit dessen Einwilligung die Veröffentlichung geschehen ist, oder als einen der in obiger Reihe folge vor ihr Benannten eine Person bis zur Bekundigung des ersten Urteils nachweist, welche in dem Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaats sich befindet, oder falls sie verstorben ist, sich zur Zeit der Veröffentlichung befunden hat.

Für das II. 2 des § 23 sind noch folgende Änderungen vorgeschlagen:

a) von Sonnemann: nach „Thäter“ und „Thätlerschaft“ zu setzen: „beziehungsweise Theilnehmers“ resp. „beziehungsweise Thätner.“

b) von Hasenclever zu sagen: „Ist die Druckschrift eine periodische, so ist der verantwortliche Redacteur mit der Strafe des Thäters zu belegen,

wenn der Nachweis geführt wird, daß der strafbare Artikel mit seinem Wissen

und seinem Willen aufgenommen hat.“

Zu § 25 beantragt Hasenclever den Drucker und den Verbreiter aus der Zahl der verantwortlichen Personen zu streichen; dagegen wollen von Puttkammer und Hullmann die Worte des Alinea 1: „wenn nicht durch besondere Umstände“ ergeben durch: „den vorliegenden Umständen nach“ und ebenso im Al. 1 des § 25.

Für das II. 2 des § 23 sind noch folgende Änderungen vorgeschlagen:

a) von Sonnemann: nach „Thäter“ und „Thätlerschaft“ zu setzen: „beziehungsweise Theilnehmers“ resp. „beziehungsweise Thätner.“

b) von Hasenclever zu sagen: „Ist die Druckschrift eine periodische, so ist der verantwortliche Redacteur mit der Strafe des Thäters zu belegen,

wenn der Nachweis geführt wird, daß der strafbare Artikel mit seinem Wissen

und seinem Willen aufgenommen hat.“

Zu § 25 beantragt Hasenclever den Drucker und den Verbreiter aus der Zahl der verantwortlichen Personen zu streichen; dagegen wollen von Puttkammer und Hullmann die Worte des Alinea 1: „wenn nicht

durch besondere Umstände die Annahme der Verantwortlichkeit der pflichtmäßigen Sorgfalt ausgeschlossen wird“ streichen, letzteres dafür das Alinea 2 folgendermaßen fassen: „Die Bestrafung bleibt jedoch für jede der benannten Personen ausgeschlossen, wenn sie als den Verfasser oder den Einsender, mit dessen Einwilligung die Veröffentlichung geschehen ist, oder als einen der in obiger Reihe folge vor ihr Benannten eine Person bis zur Bekundigung des ersten Urteils nachweist, welche in dem Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaats sich befindet.“

Nachdem der Abg. Dr. Schwartze die Commissionsvorlage und der Abg.

Struckmann sein Amendment befürwortet, hebt Abg. Vanck hervor, daß

sein Amendment am wirkamsten dem mit Recht so allgemein verurtheilten

Institut der Strohmänner ein Ende machen werde. Wird die Commissions-

fassung angenommen, so liegt die Gefahr nahe, daß anstatt der Strohmänner,

wie sie jetzt existiren, wirkliche Redacteure, aber in solchen Formen, daß sie

noch schlimmer sind als die bisherigen Stroh-Redacteure, angestellt werden.

So habe er einen Contract vor Augen gehabt, in welchem der Redacteur sich

für jeden Tag, an dem er als verantwortlicher Redacteur im Gefängnis

sitzt, einen doppelten Gehalt ausbedingt. Es muß dem Richter die Mög-

lichkeit gewährt werden, die Annahme der Thätlerschaft des Redacteurs aus-

zuschließen, was nicht anders geschehen kann, als durch Annahme der Worte in § 25: „Wenn nicht nach den vorliegenden Umständen die Annahme einer Vernachlässigung pflichtmäßiger Sorgfalt ausgeschlossen wird.“

Bei der Abstimmung werden hierauf sämtliche Amendements mit Ausnahme der beiden Amendements Banks abgelehnt und die §§ 23 und 25 in der durch den Antrag Banks amendierten Fassung der Commissionsbeschlüsse angenommen.

Die Debatte wendet sich jetzt zu § 24 (betreffend die Aufhebung des Zeugnisswanges), der nach Vorbrag des Präsidenten bis nach Abstimmung über S 25 zurückgestellt war.

Abg. Thilo beantragt: dem § 24 der Beschlüsse der Commission folgende Fassung zu geben: „Der Redacteur, Verleger und Drucker sind berechtigt, in der Criminal-Untersuchung wegen einer durch die Presse begangenen strafbaren Handlung das Zeugnis über die Person des Verfassers, Herausgebers und Einsenders zu verweigern.“

Nachdem sich der Regierungskommissar v. Brauchitsch entschieden gegen die von der Commission beschlossene Aufhebung des Zeugnisswanges ausgesprochen, empfiehlt Abg. Thilo sein Amendement, während Abg. Meyer Thorw daran erinnert, daß die Frage wegen des Zeugnisswanges nur entschieden werden kann in der zukünftigen allgemeinen deutschen Prozeßordnung.

Bei der Abstimmung wird das Amendement Thilo verworfen und der § 24 in der Commissionsfassung angenommen.

Die Fortsetzung der Beratung wird hierauf

Österreich.

Wien, 21. März. [Das Abgeordnetenhaus] legte die Budget-debatte fort und erledigte die Budgets des Ministeriums des Innern, des Ministeriums für die Landesverteidigung, sowie mehrere Titel des Cultus- und Unterrichtsbudgets.

Wien, 22. März. [Diplomatische Ernennungen.] Die „Wiener Zeitung“ veröffentlichte in ihrem amtlichen Theile die Ernennung des Grafen Franz Zichy zum Botschafter in Konstantinopel, ferner die Ernennung des bisherigen Minister-Präsidenten in China, Freiherr von Calice, zum diplomatischen Agenten und Generalconsul in Bukarest. Der ehemalige General-Director der Wiener Weltausstellung, Fehr v. Schwarz, ist zum Gesandten in den Vereinigten Staaten und der bisherige Stellvertreter des Generalconsuls in London, Ministerialrath Ritter v. Schäffer, zum Ministerresidenten für China und Japan ernannt worden. Den Posten des Letzteren übernimmt provisorisch der bisherige diplomatische Agent und General-Consul Schreiner.

Pest, 21. März. [Dementi.] Der „Pester Lloyd“ erklärt die Wiener Meldung, wonach die ungarische Regierung bei der österreichischen Creditanstalt wegen Begebung der zweiten 76 Millionen der ungarischen Goldanleihe angefragt haben soll, für unbegründet. Das Blatt fügt hinzu, es handle sich nur um Anfragen, welche auf Wiener Zeitungsnachrichten über die Nothwendigkeit der Begebung der Anleihe in den nächsten Monaten von auswärtigen Häusern in dieser Beziehung nach Wien und Pest gerichtet worden seien.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Versailles, 21. März. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung legte der Berichterstatter Batbie den Bericht der Dreißiger-Kommission über das Wahlgesetz und General Chabaud-Latour seinen Bericht über die Befestigungsarbeiten um Paris vor. Oberst Chaper beantragt, den letzteren nicht drucken zu lassen und in geheimer Sitzung hierüber zu berathen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herzog von Decazes, bekämpft diesen Antrag, indem er aussöhnt, Niemand könne gegen die Maßregeln Einspruch erheben, welche das französische Volk für seine Vertheidigung trafe. Die Politik der Regierung sei eine durchaus friedliche, eine öffentliche Discussion der Vorlage werde dieser friedlichen Charakter nur bestätigen. Der Antrag Chaper wird hierauf abgelehnt.

Rom, 22. März. Der König wird aus Veranlassung seines morgigen 25-jährigen Regierungs jubiläums bereits heute das diplomatische Corps empfangen und die eingetroffenen eigenhändigen Glückwünschesschreiben des deutschen Kaisers, der Kaiser von Russland und Österreich, der Königin von England, des Präsidenten Mac Mahon, sowie ein Gratulationstelegramm des Präsidenten Grant entgegennehmen. — Zahlreiche Deputationen sind bereits hier eingetroffen, um dem König ihre Glückwünsche zu der Feier darzubringen.

London, 21. März. General Wolseley und sein Generalstab sind in Plymouth eingetroffen und werden im Laufe des heutigen Tages hier selbst erwartet.

London, 21. März. Das Unterhaus genehmigte eine vom Schatzkanzler eingebaute Vorlage, betreffend die Gewährung eines Supplementarcredits im Gesamtbetrage von 900,000 Pf. Sterling zur Besteitung von Ausgaben, die durch den Aschantikrieg veranlaßt sind. 800,000 Pf. Sterling werden von diesem Betrage für das laufende Jahr in Anspruch genommen.

London, 21. März. Der „Times“ wird aus Konstantinopel vom 20. d. gemeldet, daß die Pforte dem Verlangen der englischen Regierung, den von den türkischen Truppen in Yenen als Geisel gefangen gehaltenen Sohn eines dortigen Scheiks freizulassen und das Gebiet von Arkr Dhall zu räumen, willfahren wird.

Konstantinopel, 21. März. Dem „Levant Herald“ zufolge hat der rumänische Agent am Mittwoch der Pforte angezeigt, daß die rumänische Regierung den jährlichen Tribut von 8000 Beutel am Donnerstag in die türkische Staatskasse einzahlen werde.

Provinzial-Beitung.

+ Breslau, 23. März. [Die Geburtstagsfeier Sr. Majestät des Kaisers] wurde am Sonnabend Abend mit einem solennem Zapfenstreich seitens der Musikkorps der hier garnisonirenden Truppen eingeleitet. Nachdem am Gouvernementsgebäude mehrere Musikkapellen aufgeführt worden waren, bewegte sich der Zug mit klingendem Spiel unter Begleitung einer zahlreichen Menschenmenge die Schweidnitzerstraße entlang über den Ring nach dem königlichen Palais, wofür diese militärische Feier mit dem üblichen Abendgebet beschlossen wurde. — Auf Anregung des Oberst-Lieutenants v. Donat fand in den feierlich geschmückten Räumen des Cafés restaurant eine Vorfeier des Geburtstags Sr. Majestät des Kaisers statt, an welcher sich 140 Offiziere der Landwehr beteiligten. General Weber brachte einen Toast auf den Kaiser aus, welcher unter den Klängen des „Heil Dir im Siegerland“ mit Begeisterung aufgenommen wurde. Nach beendetem Souper begab sich die Gesellschaft nach dem Platze des Krieger-Denkmales, welches durch Fackeln und bengalischen Flammen beleuchtet einen wunderbar schönen Anblick gewährte. Hier erhobte bei den Klängen der „Wacht am Rhein“ ein dreimaliges Hoch dem Kaiser, unserm hochverehrten Könige.

Nachdem im Laufe der verflossenen Woche ein abscheuliches Wetter verbunden mit Sturm, Regen und Schneegestöber geherrscht hatte, zeigte sich gestern unerwartet der Himmel im schönen Sonnenchein, um auch diesmal das bekannte Wetterglück des preußischen Königshauses zur Thatache zu machen. Am frühen Morgen prangte die Stadt im Festgewande, indem sowohl von den königlichen und städtischen Gebäuden, als auch von den meisten Privathäusern Fahnen in den deutschen und preußischen Farben ausgehängt waren.

Um 12 Uhr Mittags fand auf dem Exercierplatz die Parade der hier garnisonirenden Truppen statt. Die beiden Bataillone des 1. Schlesischen Grenadier-Regiments Nr. 10, welche längs der Promenade aufstellung genommen hatten, bildeten die Tête, an welche sich das 2. Schlesische Grenadier-Regiment Nr. 11 und das 1. Bataillon des 4. Niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 51, das Leib-Kürassier-Regiment (Schlesisches) Nr. 1 zu Fuß und das Schlesische Feld-Artillerie-Regiment Nr. 6 anschlossen hatte. Das Schlesische Train-Bataillon bildete am Ständehause den Schluss. Der Commandeur der 22. Infanterie-Brigade, General-Major Knipping führte das Commando über die Parade. Um 12½ Uhr erschien Sr. Excellenz der commandirende General des 6. Armeecorps, General der Cavallerie von Tümpeling. Der Höchstkommandirende, gefolgt von einer glänzenden Suite, besichtigte die Truppen, indem er die Front derselben entlang schritt und dann ein Hoch auf Sr. Majestät den Kaiser ausbrachte, das unter dem Donner der aufgestellten Geschütze von den Truppen mit einem dreimaligen Hurrah erwidert wurde. Demnächst erfolgte der Vorbeimarsch der einzelnen Regimenter, zuerst in Säulen und dann in Compagnienfront. Auch hier hatte sich eine überaus zahlreiche Menschenmenge eingefunden, welche diesem militärischen Schauspiele beiwohnten.

Bon hier aus ergoß sich der Menschenstrom nach dem äußeren Schweidnitzer Stadtgraben, um nunmehr den vom Director Meyers angekündigten Vorbeizug der prächtigen Wagen und Gespanne anzuschauen. Leider mußte sich die Fahrt um eine halbe Stunde verspätet, da bis 1½ Uhr der Donner der Kanonen andauerte, und daher ein Scheuerwerden der Pferde zu befürchten stand. Im raschen Galopp kam der Wagenzug daher, der die Bewunderung aller Anwesenden im hohen Grade erregte. Auf dem Drachenwagen war ein elegant kostümirtes Musik-Corps placirt, während im Cinderellawagen die Japanesen in ihrem eleganten National-Costüm saßen. In allen Straßen, durch welche der Zug passirte, stand zu beiden Seiten eine dichte Menschenmasse.

In der Aula Leopoldina der königlichen Universität fand ein Festakt statt, an welchem der Curator der Hochschule, Oberpräsident Freiherr v. Nordenskjöld, Rektor und Senat und sämtliche Professoren und Privatdozenten teilnahmen. Nachdem der Zug unter Vorantritt der Pädelle den Saal betraten, eröffnete Trompeten- und Paukenschall, worauf unter Leitung des königlichen Musikkorps Brostig ein Theil der D-dur-Symphonie von Beethoven sehr exakt zu Gehör gebracht wurde. Der Professor Eloquens Dr. Reifferscheidt hielt die Festrede, in der er die denkwürdigen Worte des Feldmarschall Grafen Moltke, welche dieser am 16. Februar im deutschen Reichstage bei Berathung des Reichsmilitärgesetzes aussprach: „Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrinnen werde“, zu Grunde legte. Dem deutschen Geist und dem Idealismus verdanken wir die glänzenden Siege, so führte der geehrte Vortragende in seiner weiteren gehaltreichen Rede aus, und seien gerade die deutschen Universitäten dazu berufen, die Fahne des Idealismus hoch zu halten und darüber zu wachen, daß sich der Geist nicht zum Materialismus verflache. Die hiesige Hochschule bildet den geistigen Mittelpunkt zweier Provinzen. Vor Allem müsse darauf hingewirkt werden, daß die Lehre der Wissenschaft frei sei und daß die deutschen Universitäten ihre Stellungen beibehalten. Napoleon I. habe nicht mit Unrecht den Geist, der an den deutschen Universitäten walte, gefürchtet. Schließlich gedachte der Redner des jetzt regierenden Kaisers, den Himmel noch recht lange zum Segen des Volkes erhalten möge. Während der letzten drei Friedensjahre sei ein Kampf mit der Hierarchie, und ein Kampf mit der Socialdemokratie ausgebrochen, der aber hoffentlich glücklich zu Ende geführt werden wird. — Den Schluss der Feier bildete der Bericht über den Erfolg der Preisbewerbungen der Studierenden, und die Bekanntmachung der neuen Preisaufgaben. Zu den bei den katholisch-theologischen Preisaufgaben hatte sich nur ein Bewerber gefunden, der den vollen Preis von 50 Thalern erhielt; es ist dies der stud. theol. cath. Johannes Hettwer aus Neustadt D.-S. — Zu den beiden evangelisch-theologischen Preisaufgaben hatte sich nur zu dem älteren Thema ein Bewerber in der Person des stud. evang. theol. Adolph Schieber gefunden, dem von den ausgesetzten 15 Thalern nur 50 Thaler zuerkannt wurde. Zu der juristischen Preisaufgabe waren zwei Bewerber in die Schranken getreten. Dem stud. jur. Heinrich Rosin wurde der volle Preis von 50 Thalern zuerkannt, während der stud. jur. Max Leyke aus Coronowo bei Posen eine Belobigung erhielt. Die medicinische Preisaufgabe hatte der stud. med. Leo Schuhmann aus Posen so glücklich gelöst, daß die Facultät sich veranlaßt gesehen hat, beim Ministerium zu beantragen, daß der betreffende Bearbeiter den doppelten Preis von 100 Thlr. erhalte. Die philosophische Facultät hatte zwei Preisaufgaben gekellt, von denen die historische durch den stud. phil. Franz Schröder aus Plomnitz in der Grafschaft Glatz und die mineralogische durch den stud. phil. Theodor Liebisch aus Breslau gelöst wurden. Beide wurde der volle Preis von 50 Thlr. zuerkannt, und namentlich die letztere als eine überaus lobenswerte Arbeit bezeichnet. Um 12½ Uhr war die Feier beendet, zu der sich außer den Spiken der Behörden ein sehr zahlreiches Auditorium eingefunden hatte.

Nachmittags hatten sich in verschiedenen hiesigen Localen Patrioten vereinigt, welche den Tag durch ein Diner festlich begingen. In den Räumen des Centralbahnhofes waren die Beamten der königlichen Regierung, in dem Logengebäude Horus auf der Zimmerstraße die Beamten des Appellations- und Stadt-Gerichts, im Gouvernementsgebäude bei Sr. Trenz, dem commandirenden General von Tümpeling die höheren Offiziere, in der Loge zum goldenen Zepter auf der Antonienstraße die Mitglieder der drei vereinigten hiesigen Logen, und im Saale der Neuen Börse auf der Graupenstraße die städtischen Behörden und diejenigen Bürger, welche ein städtisches Ehrenamt bekleiden, verfammelt. An letzterem Orte war der schöne Saal mit erotischen Gewässern und mit der Büste Sr. Majestät des Kaisers decorirt. Herr Bürgermeister Geheimath Dr. Bartholomäus brachte auf Sr. Majestät folgenden Toast aus: „Erheben wir uns, um den Gefühlern inniger Verehrung und Liebe für Sr. Majestät den Kaiser und König, zu dessen 78. Geburtstage, auch in unserer Mitte Ausdruck zu geben. So jubelnd und begeistert auch die früheren Geburtstage unseres erhabenen Kaisers begrüßt worden, so wird doch das heutige Fest von uns mit Millionen Deutschen aus besonders bewegtem Herzen gefeiert, weil wir, eingedenk überstandener Leidens, von welchem der Kaiser unter der theilnehmendsten Besorgniß des Landes heimgesucht worden, nunmehr die Vorsehung für seine Genebung dankend preisen können. Und so vereinigen sich unsere heitern Wünsche für völlige Wiedererstarkung in dem Ruf: Gott erhalte den Kaiser! Ja Er bleibe uns auf das längste erhalten als leuchtendes Vorbild hingebendster, rastloser Wirtschaft für des Volkes Wohlfahrt, als gewaltig siegreicher Held nach Außen und im Reiche als energischer Schirmherr geistiger Freiheit in Wahrung der vollen Autorität des Gelegetes. Möge Er mit gleichem Siegesglück, umgeben und getragen von der Liebe und dem Vertrauen des unverbrüchlich zu Kaiser und Reich stehenden Volkes — wenn auch den Fuß in Ungewittern, doch das Haupt in Sonnenhöhen — triumphirend über Kluge und Verblendung seine hohe Aufgabe erfüllen; möge der Kaiser sich noch der für Deutschlands Einheit und Freiheit in Frankreichs Königsstadt aufgegangenen Morgenröthe des 18. Januars 1871 noch der hellsten Tage seines einzigen, durch Ihn beglückten Volkes erfreuen. In diesem Wunsche lebe Se. Majestät hoch! — Die Anwesenden begeistert in dieses Hoch dreimal ein. — An allen den oben angegebenen Orten blieben die Theilnehmer in der gehobensten Stimmung bis zum Abend versammelt. — Überall, so in allen Theatern, wo Prolog zur Feier des Tages gesprochen wurden, gab sich die größte Festfreude fand.

[Notizen aus der Provinz.] * Hirschberg. Der „Note“ erzählt: „In Folge des rajden Schmelzens des lebhaftfallenen Schnees trat in der Nacht von 18. zum 19. März der Döber aus seinen Ufern und überchwemmte die benachbarten weniger hoch gelegenen Wiesen, sowie auch die Straße zwischen der Nepomukbrücke und dem Gasthof „Zur Sonne“ hier selbst. Das Wasser hatte früh gegen 6 Uhr seinen höchsten Stand und zog sich dann bis Mittag allmählig wieder in das Flussbett zurück. In Straupis dagegen blieb die Passage auf der Dorfstraße zwischen der Fabrik des Herrn C. Erfurt und dem Schwedler'schen Gasthause bis Nachmittag gegen 6 Uhr gehemmt. Aus diesem Grunde war auch der 22. Wagen zählende Leichenzug, welcher Nachmittags die irische Hölle der am 18. d. Mts. verstorbene Gattin des Herrn

Erfurt auf den hiesigen eb. Friedhof überführte, gehindert, vom Trauerhause aus sich auf einem Umwege, nämlich auf dem unteren Viehwege nach der Verbißdorferstraße zu bewegen. — Das Wasser des Bakenflusses trat nicht über seine Ufer heraus. Von heute Nachmittag an haben wir Sturm, Schneetreiben und Regen.

+ Görlitz. Der „Anzeiger“ berichtet: Am Freitag Abend verunglückte auf dem hiesigen Bahnhofe beim Rangieren eines Güterzuges der Arbeiter Schubert aus Wendisch-Ossi, indem er von der Locomotive überfahren und ihm beide Beine unter den Räulen zerquetscht wurden. Derselbe wurde in das hiesige Krankenhaus gebracht.

Berliner Börse vom 21. März 1874.

Wechsel-Course.

	Amsterdam 250 Fr.	10 T.	37½	142 bz		1	4	34½ bzG.
do.	do.	2 M.	37½	141½ bz		—	—	35½ bzG.
Augsburg 100 Pl.	2 M.	5	56,20 G.			—	—	40½ bzG.
Leipzig 100 Th.	8 T.	4½	99½ G.			—	—	63½ bz
London 1 Lot.	3 M.	3½	6,21½ bz			—	—	89 bzG.
Paris 300 Francs	8 T.	8 T.	80½ bz			—	—	168½ G.
Petersburg 100 R.	3 M.	9½	91½ bz			—	—	29 bz
Warschau 92 R.	8 T.	6½	93½ bz			—	—	153½ bzG.
Wien 150 Pl.	8 T.	5½	90½ bz			—	—	92½ bz
do. do.	2 M.	5	89½ bz			—	—	101½ G.

Fonds- und Geld-Course.

	Franz. W.	Staats-Anleihe	4½% obige	102½ B.		1	4	43½ bz
Staats-Anl. consolid.	4½%	102½	106 bz			—	—	46 bz
do. obige	4%	99½	92½ bz			—	—	165½ bzG.
Staats-Schuldscheine	3½%	92½	82½ bz			—	—	40½ bzG.
Präm.-Anleihe v. 1855	1½%	121½	121½ bz			—	—	27½ bz
Berlin. Stadt-Oblig.	4%	102½	102½ bz			—	—	94½ bz
Berl. Pötzls. Magd.	5%	101½	101½ bz			—	—	13½ bz
Berl. Stettin.	12%	107½	107½ bz			—	—	107½ bz
Böh. Westbahn	5%	106½	106½ bz			—	—	160 bz
Bresl. Freib.	7½	98	98 bz			—	—	50 bz
do. neue	5%	97½	97½ bz			—	—	151½ bz
Cöln-Minden	9½	97½	97½ bz			—	—	189½ bzG.
Cottbus.	6	96	96 bz			—	—	107½ bz
Dux-Bodenbach	5	95	95 bz			—	—	110½ bz
Do. Carl-Ludw.	7	94	94 bz			—	—	110½ bz
Halle-Saale-Gub.	5	93	93 bz			—	—	110½ bz
Hannover-Altenb.	5	92	92 bz			—	—	110½ bz
Kaschau	5	91	91 bz			—	—	110½ bz
Kronpr. Rudolph.	5	90	90 bz		</td			

Bien, 21. März. [Die Einnahmen der österr.-franz. Staatsbahnen] betrugen in der Woche vom 12. bis zum 18. März 532,034 fl., ergeben mitin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindereinnahme von 45,978 fl.

Telegraphische Course und Börsennachrichten. (Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 22. März, Nachmittags 1 Uhr. [Private-Verkehr.] Sehr fest und belebt, besonders Creditactien sehr begehrte. Creditactien 135% à 137 à 136% à 137, Franzosen 190 à 190% à 189% à 189%, Lombarden 87 à 87% à 84%, Bergisch-Märkische 94%, Köln-Mindener 130%, Rheinische 132%, Städter Bank 61% Gd., Türken 40% à 40%, Rumänier 43 à 42% à 43, Darmstädter Bank 144, Disconto-Commodit 149% à 149% à 149%, Provinzialdisconto 79, Dortmunder Union 56% à 57%, Laurabütte 161 à 160% à 161%, Berlin-Görlitzer 90 Gd., Depositentbank 94%, Producten-Handelsbank 70%.

Frankfurt a. M., 21. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlusscourse] Londoner Wechsel 118%. Pariser do. 94%. Wiener do. 105%. Franzosen* 332, Hess. Ludwigsh. 138%. Böhm. Westbahn 214%. Lombarden* 152. Galizier 246%. Elisabethbahn 209%. Nordwestbahn 193%. Elbthalbahn —. Oberhessen 78%. Oregon 18. Creditactien*) 235. Russ. Bodencredit 86%. Russen 1872 96. Silberrente 66%. Papierrente 62%. 1860er Loose 95. 1864er Loose 157%. Ung. Száz 1. Raab-Grazer —. Amerikaner do 1882 98%. Darmstädter Bankverein 360%. Deutsch-öster. 85%. Prod. Disconto-Gesellschaft 78%. Brüsseler Bank 102%. Berl. Bankverein 81%. Frankfurter Bankverein 81. do. Wechslerbank 76%. Nationalbank 1008%. Meiningen Bank 105%. Hahn Effectenbank 114%. Continental 88%. Südd. Immobilien-Gesellschaft —. Hibernia 83%. 1854er Loose —. Rockford 16. Rhein-Nahe-Bahn —. Schiffliche Bank 207%.

Mittl. und geschäftsfreie. Bahnen und Banken behauptet, Anlagewerte fest. Nach Schluß der Börse: Feier. Creditactien 235%, Franzosen 332, Lombarden 152%, Galizier —, Silberrente —, Prod.-Disc.-Ges. —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 22. März, Nachmittags. [Effecten-Societät] Londoner Wechsel —. Pariser do. —. Wiener do. 105%. Franzosen 332, Hess. Ludwigsh. —. Böhmisches Westbahn 215%. Lombarden 152%. Galizier 247%. Elisabethbahn 209%. Nordwestbahn 193%. Elbthalbahn —. Oregon —. Creditactien 240. Russ. Bodencredit —. Russen 1872 —. Silberrente 66%. Papierrente 62%. 1864er Loose —. 1860er Loose 95%. 1864er Loose —. Ungarische Loose —. Raab-Grazer —. Amerikaner do 1882 98%. Darmstädter Bank 365. Deutsch-österreichische Bank 86%. Prod. Disconto-Gesellschaft 79. Brüsseler Bank 102%. Berl. Bankverein —. Frankf. Bankverein 80. do. Wechslerbank —. Nationalbank 1009. Meiningen Bank 105%. Hahn'sche Effectenb. 113%. Continental 89%. Hibernia —. Schiffliche Bank —. Wiener Union —. Oberhessen 78%.

Sehr fest.

Nach Schluß der Börse: Schwächer. Creditactien 239, Franzosen 332%, Lombarden 152%.

Hamburg, 21. März. [Getreidemarkt] Weizen und Roggen loco flau. Beide auf Termine matt. Roggen auf Termine ruhig. Weizen 126 Gd. pr. März 1000 Kilo netto 249 Br., 247 Gd., pr. April-Mai pr.

1000 Kilo netto 258 Br., 257 Gd., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 258 Br., 257 Gd., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 257% Br., 256% Gd. — Roggen pr. März 1000 Kilo netto 190 Br., 188 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 186% Br., 185½ Gd., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 186% Br., 185½ Gd., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 186½ Br., 185½ Gd. — Hafer und Gerste still — Hühnchen matt, loco 62, pr. Mai 61, pr. Octbr. pr. 200 Brd. 63%. — Spiritus fest, pr. März u. pr. April-Mai 57, pr. Juli-August 57%, pr. August-September per 100 Liter 100% 58%. — Kaffee nominiell. — Petroleum matt. Standard white loco 13, 00 Br., 12, 80 Gd., pr. März 12, 70 Gd., pr. August-December 14, 60 Gd. — Wetter: deutlich.

Hamburg, 22. März, Nachm. [Private-Verkehr.] Silberrente —, Creditactien 206%. Franzosen 713. Lombarden 327%. Anglo-deutsche Bank 51. do. junge — Nordwestbahn 420. Rheinische Bank —. Bergisch-Märkische 95. Köln-Mind. 130. Laurabütte 161. Dortmunder Union 57%. Commerzbank 84%. Norddeutsche Bank —. Hamburg-Americanische Baden-Aktiengesellschaft —. Amerikaner —. Oester. Staatsbahn Italiener —. — Sehr fest, besonders Creditactien.

Liverpool, 21. März, Nachmittags. [Bau am wolle.] (Anfangsbericht) Ruthmäcker Umsatz 15,000 Ballen. Theurer. Tagesimport 11,000 B., davon 5000 B. amerikanische. Schwindende % höher.

Liverpool, 21. März, Nachmittags. [Bau am wolle.] (Schlußbericht) Umsatz 18,000 B., davon für Speculation und Export 4000 Ballen. Theurer.

Middl. Orleans 8%, middl. amerikanische 8%, fair Dholera 5%, middl. fair Dholera 4%, good middl. Dholera 4%, middl. Dholera 4%, fair Bengal 4%, fair Broach 5%, new fair Omra 5%, good fair Omra 6%, fair Madras 5%, fair Pernam 8%, fair Surna 6%, fair Egyptian 8%. Upland nicht unter good ordinary Mai-Juni-Lieferung 8%, März-April-Lieferung 8%. D. Upland nicht unter low middling Juli-August-Lieferung 8%. D.

Amsterdam, 21. März, Nachm. [Getreidemarkt] (Schlußbericht) Weizen pr. Mai 375, pr. November 339. Roggen pr. März 232, pr. Mai 230.

Antwerpen, 21. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt] (Schlußbericht) Weizen unverändert. Roggen unverändert. Hafer stetig. Riga 22. Gerste unverändert.

Antwerpen, 21. März, Nachmittags. [Petroleum-Markt] (Schlußbericht) Raffinirtes, Type weiß, loco und pr. März 32% bez. u. Br., pr. April 32% Br., pr. September 36% Br., pr. September-December 37 Br. Nubig.

Bremen, 21. März. Petroleum ruhig, Standard white loco 13 Mt. bezahlt.

Breslau, 23. März, 9% Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Marte war im Allgemeinen sehr schleppend, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen, hohe Forderungen erschweren den Umsatz, pr. 100 Kilogr. schlechter weißer 8% bis 9%, Thlr., gelber 8% bis 8½ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 6% bis 7 Thlr., feinste Sorte 7% Thlr. bezahlt.

Am 21. März Abends halb acht starb nach langen schweren Leiden unser guter Gatte, Vater, Bruder, Schwiegervater und Großvater, der Gewehrfabrikant Gustav Richter, im Alter von 64 Jahren, an organischen Herzleiden. [4348]

Dies zeigen tiefbetrübt um stille Theilnahme bitten an.

Die Hinterbliebenen. Die Beirührung findet am Dienstag Nachmittag 3 Uhr vom Alter nach dem neuen reformirten Kirchhof statt.

Statt besonderer Meldung. Heute Nachmittag um 2% Uhr erfuhr der Tod von ihren langen, schweren Leiden unserer gute Tochter und Schwester. [2872]

Marie Scholz, Breslau u. Oppeln, d. 22. März 1874

Die trauernden Hinterbliebenen.

Heute früh 9% Uhr verließ nach vielen Leiden unser lieber Bruder und Schwager Paul Stumpf, stund. phil. im blühenden Alter von 21 Jahren 8 Monaten in Koschitz. [4350]

Dies statt jeder besonderen Meldung.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Emma Dorn, als Braut, Gustav, Hugo Stumpf, als Brüder,

Amalie Stumpf, als Schwester, Pauline Stumpf, als Schwägerin.

Die Beirührung findet Dienstag Nachmittag 1 Uhr in Zuckelnic statt.

Heute Mittag 3 Uhr entriß uns der Tod unserer innig geliebten Vater, Groß- und Urgroßvater, den Kaufmann Wolf Stark, im ehrenvollen Alter von 82 Jahren. [2868]

Dies zeigen tiefbetrübt an.

Die Hinterbliebenen. Orlau, den 20. März.

Stadt-Theater.

Montag, den 23. März. Gastspiel des Herrn C. Siebert, vom Stadt-Theater in Frankfurt am Main.

"Der Bette." Lustspiel in 3 Akten von R. Benedix. (Siegel, Herr Siebert.) Zum Schluß: "Eine Concertprobe," oder: "Ein geheimnisvoller Österreicher." Musikalischer Soloforzer von R. Genée. (Notenmeyer, ein reizender Concertist und Componist, Herr Siebert.)

Lohe-Theater. [4276]

Montag, den 23. März. Viertes Gastspiel des Theodor Lohe.

"Die zärtlichen Verwandten." Lustspiel in drei Aufzügen von Roderich Benedix. (Schumannrich, Theodor Lohe.)

Café restaurant.

Dinsdag, 24. März, 7½ Uhr: Erste Baubvorstellung von

Bellachini,

nebst mimisch-plastischen

Vorstellungen von Professor Berg.

Näheres Placate. [4346]

Einen Commiss für ein grösseres Garn- und Kurzwaren-Geschäft

sucht Aug. Fröse in Danzig. [4206]

Eine Wohnung zu erfragen Neuschusterstraße Nr. 27.

Große Auction. Montag, 30. März 1874 und folgenden Tag von Vormittag 9 Uhr ab werde ich auf dem Domänenhof Nieder-Stiene, Grafschaft Glaz (grüner Hof), wegen Rückgabe der Pacht (Grund der Toesfall) [1336]

14 Stück Pferde, 16 Stück Zugochsen, 26 Stück Mindvieh, Kälber und Stiere, sowie sämmtliches totale Inventarium, bestehend in verschiedenen Wagen, Adler- und Wirtschafts-Geräthen, Pferdegeschirren, Ketten, Brennereiapparaten und Gerätssachen, Dampfkessel, Fässern, Kupfer, altes Schmiede- und Gusseisen u. a. m. öffentlich gegen gleich baare Zahlung in Preuß. Courant versteigern. J. Klein, Kreis-Auctions-Commissar.

Bemerke, daß die Pferde und Mindvieh den 30. März c. von Nachmittag 1 Uhr zur Versteigerung kommen.

Geschlechtskrankheiten, Syphilis, weißen Blas, Hautaussch. und Flecken heilt ohne Quecksilber gründlich und in kürzester Zeit. Auswärtige brieslich. [3891]

Dr. August Loewenstein, Dominikanerplatz 1.

Correspondent militärfrei, von mittlerem Alter, mit der kaufmännischen Durchführung vertraut, wird für ein

Erporthaus

an nördlichen Böhmen gesucht. Der selbe soll außer der deutschen auch der englischen, französischen und italienischen Sprache in Schrift und Styl mächtig sein und diese Fähigkeit nachzuweisen. Jene, die auch spanisch schreiben, werden bevorzugt. [4189]

Offerten unter U. R. 1442 an die Ammonienexpedition von Haasenstein & Vogler in Wien.

Die Cigarrenfistchen-Fabrik des Carl Weissbaum in Troppau empfiehlt sich zu Lieferungen jeder Größe von

Cigarrenfistchen.

Preiseourante werden auf Verlangen gratis übersehen.

Ein Destillationsgeschäft

bereits 60 Jahre in einer Hand, welches stets mit grossem Vortheil betrieben worden und gute Landwirtschaft besitzt ist verändertshalber mit sämmtlichen Grundstücken zu verkaufen.

Nur Selbstläufer wollen Offerten unter Nr. 56 an die Expedition der Breslauer Zeitung senden. [1249]

Ein flottes Specereigeschäft, beste Lage, ist zu verkaufen. Offerten unter J. B. F. 88. an die Expedition der Breslauer Zeitung. [2871]

Ich suche für mein Weißwaren-

Geschäft einen gewandten Haus-

halter. Derselbe kann sich sofort mel-

den bei J. Seelig,

Schweidnitzerstraße Nr. 3.

Höhere Läutererschule, Neue-Taschenstraße 28. Der neue Cursus in allen 7 Klassen beginnt den 13. April. [3337]

Clara Breyer, Vorsteherin.

Im Interesse der katholischen Reformbewegung!

Soeben erschien in unserem Verlage und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen das W. Heft der

Dissertationen. [4150]

Vermischten Aufsätze*) von J. Buchmann, Licentiaten der Theologie.

Inhalt: Curialismen.

broch. 8°. 128 Seiten. Preis 20 Sgr.

Die vier bereits erschienenen Hefte sind ebenfalls durch alle

Buchhandlungen zu beziehen.

Dass ganze Werk ist vollständig in 8 Heften.

Fiedler & Hentschel,

Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung. Breslau, Ohlauerstr. 58.

) Siehe die Recension vom 19. März d. J., Nr. 131, erste

Beilage dieser Zeitung.

Josef Adler,

Ungar.-Wein-Groß-Handlung,

Leobschütz, Oberschlesien.

Alle Arten Parkanlagen

unter Garantie in geschmackvollstem Styl. Zeichnungen und Ansichten gratis führt aus. S. Zukale, Kunstu- und Landschaftsgärtner, Kleinburgerstr. 4. [2873]

Starke Bäume,

tragbare Birnen, Apfel, sowie Laub- und Trauerbäume, Rosen in allen

Städt., Engl. Gehölze u. s. w. sind wegen Räumung bald zu verkaufen.

S. Zukale, Kleinburgerstr. Nr. 4.

Den Herren Bau-Unternehmern halten wir hierdurch unsere

Holz-Cement-Bedachung bestens empfohlen.

Dieselbe ist zu allen Baulichkeiten geeignet, seit 30 Jahren durch grösste

Feuer Sicherheit, Wasserfestigkeit und unübertrogene Haltbarkeit bewährt,

zur Hauptfassade harter Bedachungen klassifizirt und dadurch als beste und

billigste Bedachung anerkannt.

Wir haben Herrn C. W. Hamann in Breslau

Nieder